



NETZEIT

EINE ZEITUNG DES ARMUTSNETZWERKES

Ausgabe 0

September 2011

DORFNACHRICHTEN SOZIALE INFORMATIONEN BERBER-INFO MENSCHENRECHTE INTEGRATION

Das Armutnetzwerk Wer wir sind und was wir wollen

Das Armutnetzwerk als unabhängige Organisation ist bestrebt, in Kooperation mit anderen nationalen Organisationen, Menschen mit Armutserfahrungen, Obdachlosen und anderen Randgruppen, den Kampf gegen Armut und Ausgrenzung zu verstärken. Das Armutnetzwerk ist offen für alle aktuell und potentiell von Armut betroffenen Menschen und will den Betroffenen, ausgehend von deren täglichen Erfahrungen, eine Stimme bei der politischen Entscheidungsfindung geben.

Das Armutnetzwerk fordert für die betroffenen Menschen

- * ein Recht auf Teilhabe an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen,
- * einen Austausch von Erfahrungen bei der Bewältigung der sozialen Probleme zwischen den Bundesländern,
- * die Entwicklung eines Dialogs mit den zuständigen Behörden und Institutionen einschließlich dem Schutz und der Verteidigung der Menschenrechte, sowie
- * die Unterstützung von Gruppen und Einzelpersonen beim Kampf gegen Armut und Ausgrenzung.

Das Armutnetzwerk will einen ständigen Informationsfluss zwischen den von Armut Betroffenen, den politischen Entscheidungsträgern und der Gesellschaft gewährleisten. Das Netzwerk will Berichterstatter der Nationalen Armutskonferenz (nak) sein und stellt die informative Verbindung zwischen Basis und Wohltätigkeitsorganisationen her. Das Armutnetzwerk stellt Informationen über den politischen und gesellschaftlichen Umgang mit Armut, sowie Empfehlungen zu Lebenssicherheit, Einkommen und planbarer Zukunft zur Diskussion.



In dieser Ausgabe

Seite 1
Das Armutnetzwerk - Wer wir sind und was wir wollen.
Gedanken zur Armut.

Seite 2
Gedanken zur Armut.

Seite 3
Land sucht neue Lösungen für altes Problem.
Bei Meldung 12,13 Euro täglich.
EU will Bankkonto für alle

Seite 4
Forts. Bankkonto für alle
Eine soziale Frage
Neues Info-Portal

Gedanken zur Armut

von Dietmar Hamann

Armut bezeichnet primär den Mangel an lebenswichtigen Gütern (beispielsweise Nahrung, Obdach, Kleidung). Armut ist ein soziales Phänomen: Dabei wird „Armut“ als Zustand gravierender sozialer Benachteiligung mit der Folge einer „Mangelversorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen“ verstanden. In dieser Form wird sie in Mythologie und Sage, in den Künsten und wissenschaftlich behandelt.

Von wirtschaftlicher Armut im engeren Sinne gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Definitionen. Dies ist zum einen die absolute Armut, bei der einer Person weniger als 1,25 PPP-US-Dollar pro Tag zur Verfügung stehen, und zum anderen die relative Armut, bei der ein Einkommen deutlich unter dem Durchschnitt aller Einkommen eines Landes (eines Staates) liegt. Soweit die Kurzdefinition bei Wikipedia.

weiter auf Seite 2

Impressum

Herausgeber

www.armutsnetzwerk.de

Redaktion:

Angela Whyte, Dietmar Hamann
Presserechtlich verantwortlich:

Jürgen Habich

24539 Neumünster, Segeberger Str. 40
netzeit@t-online.de

*Wir veröffentlichen auch
Leserzuschriften, behalten uns aber
redaktionelle Kürzungen vor*

Philosophisch gesehen gibt es verschiedene Theorien, die versuchen eine Begründung zu finden. Da wäre zum Einen die unterschiedliche Bevölkerungsdichte, die geografisch gegebenen Ressourcen an verfügbarem Ackerland und Bodenschätzen, der Zugang zu anderen Märkten zwecks Austauschs von Produkten, aber auch von Wissen und zum Anderen die Durchsetzung der ökonomischen Interessen mit militärischen Mitteln.

Innerhalb eines Staates werden diese ökonomischen Interessen durch ungleiche Verteilung der Produktionsmittel, die zur Wertschöpfung notwendig sind, durchgesetzt. Als Instrumente dienen die Gesetzgebung, die Ausnutzung ethnischer- und Glaubenskonflikte, die Medienberichterstattung und andere Möglichkeiten, einen vermeintlich notwendigen ökonomischen Wettbewerb (Neiddebatte, Geiz ist geil) unter Personengruppen und Einzelpersonen zu schüren.



Foto: Tomas Schewe
Arbeit Reform Wachstum Arbeit

Wirtschaftliche Grundlage bleibt dabei das Leistungsprinzip und eine Marktwirtschaft, was jedoch bei Erfolgen mehr eine gesellschaftliche Anerkennung als ökonomische Übervorteilung zum Lohn haben muss. Das Auseinanderdriften der Einkommen in Deutschland, die sogenannte Schere zwischen arm und reich, ist der Missachtung solcher Grundsätze geschuldet. In unserem christlich geprägten Land sollte es uns doch eigentlich nicht schwer fallen, die 10 Glaubensgebote als Grundlage unseres Tuns und Handelns anzuerkennen.

Im Übrigen gelten in allen anderen Religionen gleiche oder ähnliche Verhaltensmuster als erstrebenswert.

Wer sich mit der Frage „Kampf gegen Armut und Ausgrenzung“ historisch auseinandersetzt, wird feststellen, dass dieser Konflikt noch nie gelöst wurde. In immer geschickterer Verpackung wird an Lösungen herumgebastelt. Philosophisch gesehen gibt es verschiedene Theorien, die versuchen eine Begründung zu finden. Da wäre zum Einen die unterschiedliche Bevölkerungsdichte, die geografisch gegebenen Ressourcen an verfügbarem Ackerland und Bodenschätzen, der Zugang zu anderen Märkten zwecks Austauschs von Produkten, aber auch von Wissen und zum Anderen die Durchsetzung der ökonomischen Interessen mit militärischen Mitteln.

Historisch gesehen wurde dieser Konfliktlösung zwischen arm und reich erstmalig mit Einführung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) und dem Sozialstaatsgebot in den Anfängen der Bundesrepublik, zwar scheinbar, durch Sozialpartnerschaften und der damit einhergehenden Vollbeschäftigung gelöst (Soziale Marktwirtschaft).

Mit Einführung der Agenda 2010 wurde auch dem Individualprinzip in allen Bereichen der Sozialpolitik und damit einhergehend die Privatisierung der Sozialen Sicherungssysteme eingeleitet.

Dass das alles nicht zum Erfolg führt, haben letztlich die Ergebnisse des europäischen Jahres 2010 gegen Armut und Ausgrenzung gezeigt. Trotz der negativen Bilanz wurden die mageren Ergebnisse hochstilisiert, aber man kam an einer neuen Agenda auf europäischer Ebene nicht vorbei.

Mit Gewissheit ist es so, dass die Probleme der Armutsbewältigung in den einzelnen EU-Staaten nicht pauschal erfassbar sind.

Dem versucht man, durch die Erfassung unterschiedlicher Kriterien zu begegnen. Die EU-Staaten können sich entsprechend der Agenda, die für sie vermeintlich entscheidenden auswählen und zu einer Lösung führen.

Dabei hat sich die Bundesregierung die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zum harten Ziel gesetzt und das mit Maßstäben, die einen Erfolg schon in nächster Zeit vermuten lassen.

Völlig außer Acht gelassen wurden die tatsächlichen Missstände wie Lohndumping, Leiharbeit, Teilzeitarbeit und Equal Pay, die allesamt zu einer Verschärfung der Armut in Deutschland beitragen.

Kampagnen, wie die massive mediale Anprangerung der Sozialbetrügereien ohne Nennung der statistischen Hintergründe und die „Schlacht“ um das so hochgepriesene Bildungspaket, lenken von den eigentlichen Problemen ab und tragen einen Keil zwischen die Menschen. Das ist auch notwendig, um die ökonomischen Interessen einer reichen Oberschicht zu sichern.

Keine Zeit Für Zwigigkeiten

Es muss uns allen endlich gelingen im Sinne einer echten Demokratie eine Bewegung, in Form einer Agenda 2020 gegen Armut und Ausgrenzung in europäischem Maßstab, von der Basis herauf in Gang zu setzen. Wir sitzen sozusagen alle in einem Boot. Da ist keine Zeit für innere Zwigigkeiten.

Einen echten Beginn kann ein Erfolg des HOPE-Projektes (homeless people) darstellen, denn bei den Obdachlosen ist die Ausprägung der Armut am stärksten.

Eine Gesellschaft ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied.

Land sucht neue Lösungen für altes Problem

Viele nennen sie Penner, Landstreicher oder Berber. Ihre Nähe wird gemieden, sieht man sie in der Innenstadt, wird ein Bogen um sie herum gemacht. Wohnungslose sind oft krank und sozial isoliert und werden im Alltag diskriminiert und ausgegrenzt. Das NRW-Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales will daher mit der Fachtagung "Wohnungslosigkeit in NRW - Neue Lösungen für ein altes Problem?!" in Bonn auf die Lebenssituation von wohnungslosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen aufmerksam machen.

Trotz des sichtbaren Elends auf Straßen und Plätzen sieht man den meisten Wohnungslosen ihre Situation gar nicht an. Es sind Menschen am Rande der Gesellschaft, so weit am Rande, dass sie gerne übersehen oder ganz einfach vergessen werden. In Nordrhein-Westfalen waren 2009 rund 12 000 Menschen als behördlich untergebrachte Obdachlose gemeldet. Dabei werden nicht die Menschen mitgezählt, die auf der Straße leben, oder die die zahlreichen Hilfen und Angebote der Freien und Öffentlichen Träger in Anspruch nehmen.

Die Veranstaltung will informieren und sensibilisieren. Neben dem Aktionsprogramm der Lan-

desregierung "Obdachlosigkeit vermeiden. Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen" werden auch Präventionsstrategien und Lösungsansätze vorgestellt. Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch wird die Tagung mit einem Grußwort eröffnen. Nach einem Ausschnitt aus Günter Wallraffs Film "Unter Null - Leben auf der Straße", wird Guntram Schneider, NRW-Minister für Arbeit, Integration und Soziales, einen Vortrag zum Thema Wohnungslosigkeit in NRW halten. Dr. Volker Busch-Geertsema von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung wird über Konzepte zur Verringerung der Wohnungslosigkeit berichten.

EU will Bankkonto für alle

(AFP) Jeder Erwachsene in der Europäischen Union soll nach dem Willen der EU-Kommission Zugang zu einem Bankkonto haben. Die EU-Länder müssten dafür sorgen, dass alle Verbraucher unabhängig von ihrer Finanzlage ein sogenanntes Basiskonto mit grundlegenden Zahlungsfunktionen einrichten könnten, forderte die Brüsseler Behörde. Demnach verfügen rund 30 Millionen Verbraucher über 18 Jahren in der EU nicht über ein Bankkonto. Bis zu sieben Millionen davon wurde Schätzungen zufolge ein Konto verweigert.

"Der Zugang zu einem Basis-konto ist für den Bürger unerlässlich geworden, wenn er am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben einer modernen Gesellschaft teilhaben möchte, zumal die Verwendung von Bargeld stark rückläufig ist," erklärte die Kommission in ihrem Vorstoß. Ohne Konto mit grundlegenden Zahlungsfunktionen

werde das Alltagsleben schwierig und teurer. Wenn sich die Lage nicht bessert, will die EU-Kommission das Recht auf ein Konto per Gesetz festschreiben.

In Deutschland haben sich die Banken und Sparkassen verpflichtet, jedem Verbraucher grundsätzlich ein Konto zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung stellte in ihrem neue-

weiter auf Seite 3



Foto: Dietmar Mathies

Bei Meldung 12,13 Euro täglich

Bei der täglichen Auszahlung der Leistungen an Wohnungslose handelt es sich jeweils um eine Einzelfallentscheidung anhand aller vorliegenden Fakten vor Ort, so die Regionaldirektion NRW. Es wird darauf hingewiesen, dass erwerbsfähige Wohnungslose ebenso wie auch alle anderen Leistungsempfänger grundsätzlich für das Jobcenter erreichbar sein müssen, damit gegebenenfalls eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt erfolgen kann. Von Seiten der Regionaldirektion bestehen aber keine Einwände, wenn eine tägliche Vorsprache bei einer Betreuungs- oder Beratungsstelle für Wohnungslose oder einer ähnlichen Stelle (z. B. eine Betreuungsstelle für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten) erfolgt. Bei der zeitlichen Auszahlung von Tages-sätzen für Durchreisende ist es zur Zeit so, dass es zwischen allen SGB II- und SGB XII-Trägern des Münsterlandes Vereinbarungen darüber gibt, dass ein Antrag morgens möglichst zwischen 8.30 - 9.00 Uhr zu stellen ist.

Jürgen Schneider

EU will Bankkonto für alle ...

sten Bericht zu diesem Thema im Dezember 2008 allerdings fest, dass dies in vielen Fällen nicht umgesetzt wird. Die Zahl der Betroffenen dürfte sich demnach "in mindestens einem sechsstelligen Bereich bewegen." Die Regierung forderte deshalb, die bisher unverbindliche Empfehlung zum Girokonto für jedermann zu einer rechtlich verbindlichen Selbstverpflichtung der Kreditinstitute auszubauen.

Auch Schuldnerberater beklagen, nicht alle Verbraucher erhielten ein Bankkonto. "Im Alltag gibt es immer wieder erhebliche Probleme und Irritationen", sagte ein Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung der Verbände (AG SBV) am Montag der Nachrichtenagentur AFP.

Auskünfte der Auskunfteien (Schufa) mangelhaft

Unzureichend, unverständlich und veraltet sind häufig Informationen, die Verbraucher auf Anfrage von Auskunfteien erhalten. Das ergab eine nicht-repräsentative Online-Befragung des Bundesverbandes Verbrau-

Foto: flickr.com



cherzentralen (vzbv), an der sich 1.531 Betroffene beteiligten. Seit 1. April 2010 haben Verbraucher das Recht, von Auskunfteien einmal im Jahr kostenlos zu erfahren, welche Daten über sie gespeichert sind und wie diese bei Bonitätsbewertungen (Scoring) verwendet werden.

Die Befragung des vzbv zeigt: Die neuen Rechte führen noch nicht zu der gewünschten Transparenz für Verbraucher. "Der Gesetzgeber muss verbindliche Standards vorschreiben", fordert Vorstand Gerd Billen in einer Pressemitteilung der Verbraucherzentralen (vzbv).

www.f-sb.de**Eine soziale Frage**

von
Sevim Dagdelen (MdB)
Die Linke

Die Wissenschaft ist sich weitgehend einig: Die Probleme der Mehrheit der Migrantinnen und Migranten haben soziale Ursachen und liegen nicht an deren Herkunft, Religionszugehörigkeit, Sprache oder Hautfarbe. So sieht es auch Die Linke: Integration ist eine soziale Frage. Deshalb ist beim Thema Integration die Verbesserung der Lebenssituation gefragt und keine ethnischierenden oder kulturalisierenden Vorwürfe, die nur Vorurteile bestärken und das gesellschaftliche Klima vergiften.

Eine gebührenfreie Bildung von der Krippe über Ausbildung und Studium bis zur Weiterbildung und eine Gemeinschaftsschule statt des mehrgliedrigen Schulsystems, eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage, ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro und das Verbot der Leiharbeit statt prekäre Arbeitsverhältnisse, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 500 Euro statt Hartz IV, die leichtere Einbürgerung, eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege statt Drei-Klassen-Medizin, eine solidarische Mindestrente statt Altersarmut und ein Rechtsanspruch auf die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen wären Schritte, um auch für Migranten die soziale und rechtliche Teilhabe zu ermöglichen.

kurz & knapp**Mainz**

Herausforderungen für Politik und Gesellschaft

Die Arbeitsgemeinschaft der Familienorganisationen in Rheinland-Pfalz (AGF) lädt zu ihrem diesjährigen Fachgespräch ein.

„Arme Familien im ländlichen Raum“

Fachgespräch der AGF Rheinland-Pfalz am 27. September 2011 im DGB-Haus Mainz,

mit Marlis Winkler, Diakon. Werk EKD und Dr. Martens, Paritätischer Gesamtverband, Berlin
Unser Kooperationspartner ist die Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz.
www.eaf-rlp.de/agf

**Neues Info-Portal
www.FragDenStaat.de**

FragDenStaat.de erleichtert es NutzerInnen, sich mit eigenen Informationsanfragen an Bundesbehörden zu wenden: Anfragen können einfach über ein Web-Formular gestellt werden. Die Anfrage wird dann von FragDenStaat.de per E-Mail an die entsprechende Behörde gesendet und gleichzeitig online veröffentlicht. Auch die anschließende Antwort der Behörde wird auf FragDenStaat.de öffentlich einsehbar gemacht.

Durch die Veröffentlichung der Antworten wird FragDenStaat zu einer Sammelstelle für amtliche Informationen. Außerdem dient die Veröffentlichung des Frage- und Antworthergangs dazu, die Antwortpraxis der Behörden transparent kontrollieren zu können.

NETZEIT wird gesponsert von

**TINTEN-KONTOR**

Tintenkontor Diepholz Am Rathausmarkt 8